

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe April 2010

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema Rente geht in unserem Land buchstäblich jeden an: Diejenigen, die aus dem aktiven Arbeitsleben ausgeschieden sind, diejenigen, die noch ihre Beiträge in die Rentenversicherung zahlen, und auch die Jungen und Jüngsten, denn auch sie werden eines Tages zur Rentnergeneration zählen.

Meine umfassenden Erfahrungen, die ich als Arbeits- und Sozialpolitiker in den vergangenen Jahren sammelte, habe ich als Autor in einem 30-seitigen Heft mit dem Thema „Verwirrspiel Rente“ zusammengefasst. In Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung in München wurde dieses Heft vor Kurzem veröffentlicht. Mit dieser Schrift möchte ich auf die wichtige Thematik aufmerksam machen und die Menschen dafür sensibilisieren. Sie bietet aber auch Argumentationshilfen und Lösungsvorschläge, mit denen ich durchaus auch provozieren möchte.

Wenn das gelungen ist, hat diese Schrift ihr Ziel erreicht.

Ihr Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender



Matthäus Strebl,
Bundesvorsitzender, MdB a. D.

Anmerkung: Das Heft kann kostenlos bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: 0 89/12 58-0, E-Mail: info@hss.de bestellt werden.

* * * *

CGB Maiaufruf zum 1. Mai 2010

Mitverwalten – Mitgestalten: Vorfahrt für die Selbstverwaltung !

Die gesetzliche Sozialversicherung ist zentraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die gesetzliche Sozialversicherung ist eine Solidargemeinschaft, die einen wirksamen Schutz vor den großen Lebensrisiken und deren Folgen, wie z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Betriebsunfälle und Pflegebedürftigkeit bietet.

In Amerika will Präsident Barack Obama eine gesetzliche Krankenversicherung als Pflichtversicherung einführen. Die großen politischen Widerstände gegen diese Pläne zeigen uns: Selbst in der hochindustrialisierten Welt des Wohlstands ist ein solcher Schutz nicht selbstverständlich.

Der CGB bekennt sich zur selbstverwalteten Sozialversicherung. Selbstverwaltung bedeutet, dass die Versicherten und die Arbeitgeber gemeinsam über die Zukunft unserer Sozialversicherung wachen. Die Politik gibt die Rahmenbedingungen vor, die Sozialpartner entscheiden in den einzelnen Versicherungsträgern der Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung.

In Ritualen wird die Zukunft dieser Selbstverwaltung immer wieder in Frage gestellt. Anlass dafür sind die Wahlen zu den „Parlamenten“ der Kranken-, Renten oder Unfallversicherungen, die im kommenden Jahr vor der Tür stehen. Diese Angriffe sind unberechtigt. Schließlich braucht es einer demokratischen Willensbildung darüber, wer über unsere Sozialversicherung wacht. Gerade hier brauchen wir kein Diktat durch die Politik.

Die Politik hat in den vergangenen Jahren durch viele Reformen neue Chancen eröffnet, mit denen die Verwaltungsräte und Vertreterversammlungen in ihrer Bedeutung gestärkt werden können. Das gilt z.B. für die Festlegung von Zusatzbeiträgen oder Bonussystemen in der gesetzlichen Krankenversicherung, oder auch für die ständige Verbesserung der Maßnahmen zum Unfallschutz am Arbeitsplatz. Diese neuen Chancen müssen die „Parlamente“ der Sozialversicherung für ihre Stärkung nutzen.

Die Selbstverwaltung ist kein Modell von gestern, im Gegenteil! Sie ist die Grundlage dafür, dass die Kompetenz von Versicherten und Arbeitgebern in unserer Sozialversicherung genutzt wird. Ja, erst sie legitimiert das Funktionieren der gesetzlichen Sozialversicherung. Und sie vereint die Grundprinzipien der christlichen Soziallehre von Solidarität und Subsidiarität. Jeder Angriff auf die Selbstverwaltung zerstört diesen Einklang und ist damit auch ein Angriff auf die Soziale Marktwirtschaft.

* * * *

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:

Länger gemeinsam lernen – bildungspolitische Falle



Bildungspolitiker, die die Einheitsschule durchsetzen wollen, werben dafür mit dem Slogan „**länger gemeinsam lernen**“. Der Begriff ist kuschelig und weckt die Illusion einer schulischen Wärmestube, in der Kinder unterschiedlichen Alters zusammenbleiben und lernen können. Damit wird auch die sechsjährige Grundschule propagiert, die in gleicher Weise eine Fiktion und Illusion ist und direkt in die Falle der Einheitsschule führt.

Die **sechsjährige Grundschule**, wie sie in Berlin praktiziert wird, hat nie den Nachweis besseren Lernens erbracht. Eltern schicken – wenn sie können – ihre begabten Kinder nach Möglichkeit **nach dem 4. Schuljahr** auf eine Privatschule. „Gemeinsames Lernen“ zur besseren Förderung ist eine Ideologie. Kinder sind verschieden, sie lernen verschieden und bedürfen unterschiedlicher Aufgabenstellungen und Methoden.

Es ist nachgewiesen, dass „gemeinsames Lernen“ **begabte Kinder benachteiligt und schwache Schüler weniger fördert**. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse werden bewusst nicht wahrgenommen und einer Einheitsideologie geopfert.

Eine **sechsjährige Grundschule** nimmt den Schülerinnen und Schülern **Bildungschancen** und zwingt sie zu einem verlangsamten „Lern-Spargang“. Gleichzeitig werden den weiterführenden Schulen optimale Lernzeiten entzogen, weil Bildungsgänge um zwei Jahre gekürzt werden.

Der Schulwechsel wird in eine **psychologische Entwicklungsphase** verschoben, in der die meisten Schülerinnen und Schüler mit persönlichen Problemen zu tun haben und das schulische Lernen für sie zeitweise nicht im Vordergrund steht.

Durch die **Verkürzung der Bildungsgänge** aller Schulformen der Sekundarstufe I (auch der Hauptschule) werden die **Abschlüsse gemindert** und verlieren an Bildungsgehalt. Das schädigt nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch Wirtschaft, Berufsfähigkeit und Studierfähigkeit – ein enormer Schaden für das Bildungswesen und die Wirtschaft!

Der VkdL fordert deshalb:

- **Beibehaltung der vierjährigen Grundschule!**
- **Keine Kuschelpädagogik, sondern Wissensvermittlung, Lernen und echte Bildung!**
- **Fördern und Fordern zur rechten Zeit und im richtigen Alter!**

Nur das gegliederte Schulwesen ist nachweislich in der Lage, jeden Schüler nach seinen Fähigkeiten und Begabungen optimal zu fördern.

Termine * Termine * Termine

11.11.-14.11.10
DHV-Bundesgewerkschaftstag
in Hamburg

Die Einheitsschule schädigt Kinder, Familien und Wirtschaft und damit die Zukunft unseres Landes!

V.i.S.d.P.: Roswitha Fischer, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V., Berufsverband für katholische Pädagoginnen aller Bildungsbereiche, Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands

CGZP fordert DGB und Arbeitgeberverbände zu Verhandlungen für einen Mindestlohntarifvertrag auf!

Berlin, den 25. März 2010. In einem Brief an die Vorstände der Arbeitgeberverbände in der Zeitarbeit und den Bereichsleiter für Tarifpolitik des DGB hat die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und PSA zu Verhandlungen um einen gemeinschaftlichen Mindestlohntarifvertrag für die Zeitarbeit aufgefordert. Nachfolgend der Wortlaut dieses Briefes:

Sehr geehrte Frau Durian, sehr geehrter Herr Enkerts, sehr geehrter Herr Mumme, sehr geehrter Herr Junge, sehr geehrter Herr Dombre,

zum 01. Mai 2011 wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in die Bundesrepublik Deutschland unbegrenzt geöffnet. Das kann Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt haben, denn die Lohnniveaus innerhalb der Europäischen Union sind sehr unterschiedlich. Gerade in den Mitgliedsstaaten in Ost- und Mitteleuropa liegen die Löhne um ein Vielfaches niedriger, als in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Schutze der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Wettbewerbern aus dem europäischen Ausland kann der Bundesarbeitsminister Mindestlohnverordnungen über das Arbeitnehmerentendegesetz erlassen.

Die Hürden für eine solche Rechtsverordnung sind hoch. Das ist ein Grund, warum dieser Verfahrensweg politisch umstritten ist. Für die Branchen, für die er gewählt worden ist, hat er aber bewiesen, dass er tauglich ist, um inländische Arbeitsplätze vor Lohndruck aus dem europäischen Ausland zu schützen.

Für die Zeitarbeit hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Versuche gegeben, einen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentendegesetz einzuführen. Unterschiedliche Gründe haben dazu geführt, dass diese Versuche bislang erfolglos geblieben sind. Der Gesetzgeber hat deshalb mehrfach an alle Tarifvertragsparteien appelliert, mit einem gemeinsamen Mindestlohntarifvertrag die Grundlage zu schaffen, um eine Rechtsverordnung erlassen zu können.

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaft für Zeitarbeit und PSA (CGZP) steht nach wie vor für eine konstruktive Lösung. Deshalb muss es jetzt gelingen, dass ein gemeinschaftlicher Mindestlohntarifvertrag zwischen allen vier Flächentarifvertragsparteien auf Arbeitgeberseite und den beiden Gewerkschaftsblöcken auf Arbeitnehmerseite zustande kommt. Deshalb fordern wir Sie auf, sich mit uns gemeinsam an einem Tisch zu setzen, um über einen gemeinsamen Mindestlohntarifvertrag zu verhandeln.

Gunter Smits, CGZP-Vorsitzender

*** * * ***

Die Doppelmoral der „Dumpinggewerkschaften“ des DGB!

Mit Stand von Februar 2010 wurde für Berlin und Brandenburg von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ein neuer Tarifspiegel Niedrigentgelte veröffentlicht. In dieser Auswertung aller im Gemeinsamen Tarifregister Berlin und Brandenburg vorliegenden Branchentarifverträge sind – geordnet nach knapp 90 einschlägigen Wirtschaftsbereichen – Niedrigentgelte bis zu 1.400 € brutto monatlich dargestellt. Dabei handelt es sich allein um tarifliche Grundvergütungen ohne Zuschläge.

Ein monatliches Entgelt in Höhe von 1.400 € entspricht aufgrund der unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschiedenen Stundenentgelten: bei einer **40-Stunden-Woche** ergibt sich beispielsweise ein Stundenlohn/-gehalt in **Höhe von 8,05 €** bei einer 35-Stunden-Woche jedoch ein Stundenentgelt von 9,20 €

Von den im Tarifspiegel Niedrigentgelte erfassten Tarifabschlüssen unter 8,05 € sind **über 80 % von Gewerkschaften des DGB abgeschlossen** worden. Und das vor dem Hintergrund, dass der DGB Bundesvorstand an den Bundeskongress im Mai diesen Jahres mit der Forderung herantritt, keine Löhne mehr unter 8,50 € zuzulassen.

Der Berlin-Brandenburger Tarifspiegel belegt eindrucksvoll, zu welchen Konzessionen die DGB-Gewerkschaften in der Praxis bereit sind, ihre eigenen Vorgaben zu unterlaufen.

Hier einige eindrucksvolle Beispiele:

**Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros,
Bundesrepublik Deutschland**
(verdi; GTV vom 10.06.2008)

5,87 € für einfache Tätigkeiten

Bewachungsgewerbe, Brandenburg * (verdi; ETV vom 09.10.2009)	6,00 € für Sicherheitsmitarbeiter im Objektschutz/Separatwachdienst
Bewachungsgewerbe, Berlin * (verdi; ETV vom 09.10.2009)	6,25 € für Sicherheitsmitarbeiter im Objektschutz/Separatwachdienst
Feinkeramische Industrie, östliche Bundesländer	4,76 € für kaufmännische (IG BCE; ETV vom 03.07.2007) Angestellte bis 21 Jahren ohne Berufsausbildung
Garten- Landschafts- und Sportplatzbau, Berlin (IG BAU; LTV und GTV vom 07.09.2009)	5,46 € für junge Angestellte ohne abgeschlossene Berufsausbildung bis zum 19. Lebensjahr in K 1
Hotel- und Gaststättengewerbe, Brandenburg (NGG; ETV vom 30.04.2008) ohne Berufsausbildung	6,05 € für praktische Tätigkeiten
Land- und Forstwirtschaft, Brandenburg (IG BAU, ETV vom 29.04.2008)	6,40 € für angelernte Tätigkeiten/ bzw. Teilfacharbeiterabschluss mit/ ohne Berufserfahrung
Land- und Forstwirtschaft, Brandenburg	5,61 € für Saisonarbeitskräfte (IG BAU, TV für Saisonarbeitskräfte vom 15.05.2008)
Schuhmacherhandwerk, u.a. Brandenburg (IG BCE, LTV vom 12.11.2002)	5,70 € für Schuhmacher/innen
Schuhmacherhandwerk, u.a. Brandenburg (IG BCE, LTV vom 12.11.2002)	5,30 € für ungelernete Hilfskräfte
Speditionsgewerbe, gewerbl. Lagerei, Schifffahrt, Hafenumschlag, Brandenburg (verdi, GTV vom 15.10.2009)	6,52 € einfache Tätigkeiten ohne Berufsausbildung vor dem 18. LJ
Systemgastronomie, Brandenburg (NGG, ETV vom 23.10.2007)	6,55 € für ungelernete bzw. angelernte Tätigkeiten

In Anbetracht **der Forderung der DGB Gewerkschaften nach einem allgemeinen Mindestlohn von 8,50 €** offenbaren tarifliche Stundenlöhne unter 6,00 € wahrlich keine Glanztaten unserer DGB-Konkurrenz.

Aber es geht noch schlimmer: Im **Gartenbaugewerbe / Erwerbsgartenbau Brandenburg** hat die IG BAU für Beschäftigte, die einfache schematische Tätigkeiten ohne / mit Anlernzeit ausüben bzw. ein Teilfacharbeiterabschluss besitzen, einen **Stundenlohn von 3,91 €** tarifiert (VTV vom 08.09.2004)!

Der **Fachverband Deutscher Floristen** hat mit der IG BAU ebenfalls im Jahre 2004 einen Entgelttarifvertrag abgeschlossen, der für ungelernete Arbeitnehmer in Berlin West **6,11 Euro** Stundenlohn vorsieht, in **Berlin-Ost 5,81 Euro** und in Brandenburg sogar nur **4,57 Euro** (ETV vom 05.10.2004). Dieser Tarifvertrag ist laut Tarifregister bis heute nicht gekündigt.

Im **Friseurhandwerk Berlin** gibt es seit Ende 2003 einen tariflosen Zustand. Der von verdi zum 31.12.2003 gekündigte Tarifvertrag sah für Friseure mit abgeschlossener Berufsausbildung nur **4,22 € Stundenlohn vor**. Selbst bei optimistischer Annahme, dass verdi bis 2009 Gehaltssteigerungen von insgesamt 12 % (2 % pro Jahr) für die Friseure ausgehandelt hätte, würde der niedrigste Stundenlohn noch unter 5,00 € liegen.

Der Tarifspiegel Niedrigentgelte enttarnt die Doppelmoral der DGB Gewerkschaften, die mit dem lauten Ruf nach dem Gesetzgeber ihr eigenes tarifpolitisches Versagen in zahlreichen Branchen zu kaschieren versuchen. Ein Beleg für die Durchsetzungsmacht der selbsternannten „größten Dachorganisation Deutschlands“ ist das bei Leibe nicht.

* Tarifvertrag wurde von der Landesregierung für allgemeinverbindlich erklärt. **März 2010, A. Kiesow**

Quelle: Tarifliche Niedrigentgelte für Berlin und Brandenburg, Stand Februar 2010, Gemeinsames Tarifregister Berlin und Brandenburg, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Gunter Smits
Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow
Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.